



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/157

10. Juli 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Wahl in Schleswig-Holstein	S.1
Kreml konstruiert die westliche Schuld	S.3
Verfolgungen in Prag und Ungarn	S.4
Nachrichten aus der Sowjetzone	S.5
"Combat" phantasiert	S.6

## Die deutsche Bedeutung der Wahlen in Schleswig-Holstein

Dr.F., Kiel

Beginnen wir mit dem scheinbar Negativen: die einzige rein sozialdemokratische Regierung der Bundesrepublik hat in den Wahlen vom neunten Juli ihre Mehrheit verloren. Der Landtag, in dem bisher die SPD über die absolute Majorität verfügte, weist nun folgende Zusammensetzung auf: SPD 19, CDU 16, BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 15, FDP 8, DP 7, SSW 4 Mandate.-

Es war seinerzeit ein grosses Experiment, in dem ärmsten und gefährdetsten Land der Bundesrepublik eine sozialistische Regierung zu bilden. Als Regierung können die Regierungen Laedemann und Diekmann - eben weil sie von einer sozialistischen Verpflichtung ausgingen - neben jeder, aber auch jeder Regierung der Bundesrepublik bestehen. Aber Schleswig-Holstein ist keine Insel. Auch über sein wirtschaftliches und soziales Leben regiert im letzten Grunde beherrschend und bestimmend die Bundesrepublik. Jede echte sozialistische Maßnahme in Schleswig-Holstein musste auf die Sabotage der Bundesrepublik stossen. Manche sozialistischen Massnahmen liefen eher Gefahr, bloßgestellt zu werden, weil in dem armen Schleswig-Holstein die wirtschaftliche Kraft fehlte, die zu ihrer überzeugenden Durchführung notwendig wäre. Es ist vielleicht kein absolutes Unglück, dass es in Schleswig-Holstein eine rein sozialdemokratische Regierung nicht mehr geben wird, von

der man allzu leicht verlangt, was sie inmitten des Klends von Schleswig-Holstein nie und nimmer<sup>er</sup> füllen kann.

Eine grosse positive Tatsache haben die Wahlen von Schleswig-Holstein mit sich gebracht: die Gleichschaltung Schleswig-Holsteins mit der Zusammensetzung der Bundesregierung ist nicht geglückt. Die drei Parteien CDU, DP und FDP, die Bonner Koalition von Herrn Adenauer, die sich zum Deutschen Wahlblock in Schleswig-Holstein zusammengetan haben, haben eine Mehrheit nicht erlangt. Der Deutsche Wahlblock mit seinem frechen Mißbrauch des Wortes "deutsch" hatte nur ein wahrhaftes Programm: Fort mit der Regierung der SPD. Diese schamlos kahle und steriel Parole ist nicht verwirklicht worden. Die Gleichschaltung mißlang, weil ein so in der sozialen Not versunkenes Land wie Schleswig-Holstein mit der bourgeoisesten Regierung aller Regierungen Westeuropas, der Bundesregierung, einfach nicht gleichzuschalten ist. Der Deutsche Wahlblock scheiterte an der Revolte der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein.

Die Wahlen zeigen die Abspaltung der Flüchtlinge von den bisherigen Parteien. Die SPD hat gegenüber der Bundestagswahl etwa 50.000, die drei Parteien des Wahlblocks aber haben etwa 200.000 Stimmen verloren. Die Heimatvertriebenen haben zwar, im grossen gesehen, eher eine Neigung, sich an bürgerliche Parteien anzuschliessen, weil es ihr innerster Antrieb ist, aus dem proletarischen Dasein wieder herauszukommen, in das sie die Katastrophe des deutschen Ostens gestürzt hat, sie sind in der Regel weit davon entfernt, dieses proletarische Dasein innerlich anzuerkennen. Aber der Pakt mit den Parteien des Besitzbürgertums geht nun einmal nicht, es sei denn, die Heimatvertriebenen verrieten sich selber.

An sich ist es ein erschreckendes Zeichen, dass die Heimatvertriebenen sich geschlossen von den alten Parteien loslösten und sich gleichsam in eine eigene politische Organisation eingekapselt haben. Der Bankrott der Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik ist in den Wahlen von Schleswig-Holstein auf eine geradezu unheimliche Weise offenkundig geworden. Es gibt noch immer zwei Deutschlands, zwei Nationen auf dem Boden der Bundesrepublik. Auch der Sozialdemokratie ist es nicht gelungen, die Heimatvertriebenen in ihrer eigenen sozialen Bewegung mitzureissen. Das liegt vor allem daran, dass der sozialdemokratischen Regierung in Schleswig-Holstein dem eigentlichen Flüchtlingsland Deutschlands, die Mittel versagt wurden, mit denen die soziale, wirtschaftliche und politische Einschmelzung der Flüchtlinge in die deutsche Nation hätte vollbracht werden können.

So bekundet die Wahl von Schleswig-Holstein die grosse Revolte der Flüchtlinge. Das schleswig-holsteinische Manifest der SPD schrieb: "Schleswig-Holstein hat daher am Tag der Landtagswahl einen nationalen Auftrag zu erfüllen: aufzutreten gegen die grossen gesamtdeutschen Gefahren". Die Fahnenflucht vor der sozialen Aufgabe Deutschlands sei ein Verrat an der Nation. Es wäre der SPD von Schleswig-Holstein lieber gewesen, wenn dieser grosse Mahn- und Warnruf Schleswig-Holsteins in der Form eines grossen Wahlsiegs durch die SPD erfolgt wäre. Aber auch der so plötzlich einherrauschende Erfolg des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten ist in einer anderen Gestalt jener Warnruf, von dem das schleswig-holsteinische Manifest sprach. Darum behält auch die SPD in Schleswig-Holstein ihr Mandat, weil die Wahl zu einem grossen sozialen Protest wurde.

Die alte Platte

sp. Angeblich soll der Kreml die Regierung in London um Vorschläge über die Beendigung des Konfliktes im Fernen Osten ersucht haben. Angeblich finden bereits Besprechungen zwischen London, Washington und den Hauptstädten des Commonwealth über dieses Thema statt. Angeblich hat die Sowjetregierung bei dem britischen Botschafter in Moskau eine Unterredung angeregt.

Alle diese Gerüchte sollte man nur mit grosser Skepsis aufnehmen. Moskau hat den Krieg in Korea vom Zaun gebrochen, auch wenn Gromyko mit einer geradezu hitlerischen Rabulistik das Gegenteil versichert hat. Eine Notlage besteht für die Sowjets zur Zeit durchaus nicht. Wenn der Aggressor jetzt also als Friedensfreund auftreten sollte, dann wäre die rein propagandistische Absicht nur allzu deutlich. Auch der Nebenzweck wäre unverkennbar, Grossbritannien aus der Rolle des Verbündeten der USA in die des mehr oder weniger neutralen Vermittlers zwischen Washington und Moskau abzurängen. Mit einem wirklichen sowjetischen Friedenswunsch hätte das alles nicht das Geringste zu tun.

Interessant ist, dass der britische Oppositionsführer, Winston Churchill, zwei Tage vorher im Unterhaus sich wieder einmal dafür aussprach, dass die Westmächte sich mit der Sowjetunion an den Tisch setzen und eine Friedensregelung aushandeln sollten. Damit war nach dem Zusammenhang nicht allein an die Beendigung des Heissen Krieges im Fernen Osten, sondern auch an die des Kalten Krieges gedacht. Churchill hat freilich hinzugefügt, der Augenblick, diesen politischen Vorstoss zu wagen, wäre dann am günstigsten, wenn der kommunistische Angriff in Korea niedergekämpft sei. Der Sieg dort müsste die Voraussetzung für alles sein, was auf politischem Gebiet nachher geschehe.

Wenn die Sowjets einen politischen Vorstoss der angedeuteten Richtung wirklich unternommen haben sollten, dann würden sie die von

Churchill angegebene Voraussetzung für eine Vereinbarung sicher ablehnen. Auch darin kommt zum Ausdruck, wie unrealistisch eine Friedensbemühung in diesem Augenblick erscheint. Den gleichen Eindruck wird man hoffentlich auch bei den massgeblichen Stellen der Westmächte haben und sich für ein neues sowjetisches Propagandamanöver missbrauchen lassen, dessen Linie klar zutage liegt: die Sowjets bemühen sich erneut um den Frieden, aber der böse Westen hat diese lobenswerte Absicht wieder einmal hintertrieben. Wie man sieht: die alte Platte.

#### Sozialistenverfolgung in GSR und Ungarn

sp. Es liegt ein in jeder Hinsicht überprüfter Bericht der tschechischen Exil-Sozialdemokraten vor, wonach kürzlich in Prag 13 nichtkommunistische Politiker, darunter zwei Sozialdemokraten, zu schweren und schwersten Strafen verurteilt worden sind. Gegen vier der Angeklagten wurde auf Todesstrafe erkannt, die beiden Sozialdemokraten Zdenek Peska und Vojtech Dundr wurden zu 25 und 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Zdenek Peska, Professor für Staatsrecht, war seit seinen frühen Studententagen in der Arbeiterbewegung und in der Sozialdemokratie tätig. Er war führend in der Widerstandsbewegung gegen die Besetzung der Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei, wurde 1939 verhaftet und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, dann erneut durch die Kommunisten wenige Monate nach deren Putsch im Jahre 1948 verhaftet. Das andere Opfer des kommunistischen Terrors ist Vojtech Dundr, ein Mann von 71 Jahren, der 55 Jahre im Dienste der Arbeiterbewegung stand und sich als Führer der Metallarbeiter-Gewerkschaft und später als Generalsekretär der tschechischen Sozialdemokratie einen politischen Namen gemacht hat.

oo

Ausserdem sind, wie erst jetzt bekannt wird, bereits bis Ende Juni in einer neuen Verhaftungswelle über 200 sozialdemokratische und gewerkschaftliche Funktionäre in Ungarn verhaftet worden. Die Verhafteten hatten sich nach der gewaltsamen Vernichtung der sozialdemokratischen Partei und der Scheinfusion der Reste mit den Kommunisten im Jahre 1948 zurückgezogen und keine Rolle mehr gespielt.

Unter ihnen befinden sich:

Anna Kéthly, die allgemein bekannte sozialdemokratische Führerin, die dem ungarischen Parlament mehr als 20 Jahre als Abgeordnete angehörte und von 1947 bis Februar 1948 dessen Vizepräsident war;

Ferenc Szeder, der sozialdemokratische Bauernführer, der seine Partei mehr als zwei Jahrzehnte im Parlament vertreten hat und von 1943 bis August 1945 der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei

Ungarns war;

Dr. Agoston Valentiny, der 1944/45 Justizminister der Nachkriegsregierung Ungarns war;

Dr. Imre Györki, der zwischen den zwei Weltkriegen 17 Jahre als sozialdemokratischer Abgeordneter Mitglied des Parlamentes war.

József Kálmán, sozialdemokratischer Kommunalpolitiker

Den Verhaftungen ging durch lange Monate eine Pressekampagne voraus, in welcher die Kommunisten gegen den Zusammenbruch des sowjetischen Produktionssystems kämpften und die Sozialdemokraten sowie die als "Syndikalisten" beschimpften Anhänger der freien Gewerkschaften der Sabotage und der feindlichen Grundeinstellung gegen die Regierung beschuldigten.

Nachrichten aus der Sowjetzone:

Keine Reisen nach Berlin

sp. Das SEP-Kreissekretariat in Magdeburg hat in einem Aufruf eine strenge Unterbindung aller Westberlinreisen gefordert, da diese Reisenden westberliner Parolen in die Sowjetzone "importieren" würden, die die Bevölkerung "beunruhigen".

Registrierung Westberliner Studenten

sp. Alle in Westberlin studierenden Einwohner der sowjetischen Besatzungszone müssen jetzt nach Anordnung der sowjetzonalen Geheimpolizei in besonderen Listen geführt werden. Die Erfassung erfolgt aufgrund der Reichsbahn-Schülerfernfahrkarte, die bereits seit längerer Zeit von den Polizeidienststellen des Heimatortes abgestempelt werden müssen.

Anweisung für Denunzianten

sp. Der Landesvorstand der Demokratischen Bauernpartei in Potsdam hat in einem Rundschreiben an alle Kreisinstruktoren dieser Partei zu einer stärkeren "Berichterstattung über die politische Situation" aufgefordert. Vor allem soll über die Stimmung und Einstellung der Bauern und ländlichen Bevölkerung unter Namensangabe berichtet werden. Besonderes Augenmerk soll auf die "reaktionären" Elemente gerichtet werden, die innerhalb der Genossenschaften, den MAS und der VdgB wirken sollen.

Kollektivierung wird vorbereitet

sp. In allen Ländern Sachsens wird zur Zeit eine Bodenerhebung nach Grössenklassen sowie eine Viehzählung nach Betriebsgrössen durchgeführt. In einer Informationskonferenz der Statistiker Sachsen-Anhalts im SEP-Landesvorstand wurde erklärt, dass diese Erhebung die Grundlage der "ersten vorsichtigen Kollektivierungsversuche" werden sollte. Die nach dieser Erhebung durchgeführte Soll-Differenzierung würde alle Wirtschaften von mehr als 40 Morgen so belasten, dass sie sich freiwillig dem Kollektiv beugen würden. Die Vorbereitungen sollen im Herbst abgeschlossen werden.

Reparationszahlen geheim

sp. Die statistischen Abteilungen der volkseigenen Betriebe von Sachsen-Anhalt wurden von der Zentralstelle der Vereinigung Volkseigener Betriebe angewiesen, die Produktionszahlen für Reparationslieferungen ab sofort getrennt zu führen und nur im geschlossenen Kurierbrief jeweils am Monatsende bei der Zentralstelle direkt abzuliefern. Die Zahlen dürfen auf keinen Fall in der Berichterstattung der öffentlichen Dienststellen erscheinen.

Steigende Tbc-Kurve

sp. Aus einem Bericht des Landesgesundheitsamtes Thüringen geht hervor, dass die Tbc-Erkrankungen im Laufe des letzten halben Jahres in Thüringen um 8.658 neue Fälle zugenommen haben. Insgesamt sind innerhalb des Landes Thüringen 27.840 Tbc-Kranke mit offener Tbc statistisch erfasst. Darunter befinden sich allein 13.587 Kranke unter 21 Jahren. Zu berücksichtigen ist dabei, dass nur akute Fälle in der Statistik erscheinen und dass durch die hohe Sterblichkeit der Tuberkulosefälle eine beständige Fluktuation der Tbc-Ziffern besteht.

Gefährliche Phantasien

A.F. Paris, Juli 1950

Die Pariser Tageszeitung "Combat", die in den letzten Monaten stark abgesunken ist und immer weniger ernst genommen wird, veröffentlicht zur Zeit eine lange Artikelserie über eine angeblich in der ganzen Welt noch aktiv arbeitende deutsche Spionage-Organisation. Um den Wert dieser sogenannten Enthüllungen, die das Ergebnis einer langen Untersuchungsarbeit seitens des Verfassers, eines nicht unbekanntem französischen Reporters, sein sollen, ins rechte Licht zu rücken, mögen folgende Hinweise genügen: Der Verfasser behauptet, dass deutsche Spione in Ungarn den Rajkprozess von A bis Z organisierten, ausserdem dem ungarischen Kardinal Mindszenty eine verhängnisvolle Falle stellten, und das ausschliesslich in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen Ost und West zu verschlechtern und den angeblich von Deutschland heiss ersehnten dritten Weltkrieg hervorzurufen. Dabei geht der französische Journalist, der kein Kommunist ist, von der völlig unmöglichen Voraussetzung aus, Rajk und seine Prozesskollegen wären keine echten Kommunisten, sondern seit Jahrzehnten nazistische Agenten gewesen.

Derartigen Reportagen braucht man selbstverständlich keine allzu grosse Bedeutung beizumessen. Immerhin sind sie bei dem in Frankreich Deutschland gegenüber noch vorhandenen Misstrauen recht bedauerlich und in gewissem Sinne auch politisch gefährlich. Denn man muss sich fragen, ob ihr Hauptziel nicht die Vergiftung der deutsch-französischen Beziehungen ist. Dass solche Absichten, wenn sie wirklich bestehen, von bestimmten Kreisen mit solchen, schon nicht mehr fragwürdigen Artikeln verfolgt werden, erscheint dabei besonders bedenklich.

---

 Verantwortlich: Peter Raunau